

Zeitschrift:	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber:	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band:	49 (1969-1970)
Heft:	7
Artikel:	God Save the Queen! : Betrachtungen über die britische Monarchie
Autor:	Tyler, Paul
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-162327

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vietnam selber war er wegen seiner schweren Krankheit schon längst praktisch aus seiner führenden Position verschwunden gewesen. Die Entscheide sind zwar noch in seinem Namen ergangen, aber die eigentliche Verantwortung trugen andere. So ist es nicht erstaunlich, dass niemand ernsthaft in nächster Zeit eine sofortige Änderung der Lage in Vietnam erwartet. Den Nachfolgern Ho Chi Minhs wird es nicht leicht fallen, ihre Herrschaft mit einer Geste der Versöhnung gegenüber ihren Gegnern im Süden und gegenüber den Vereinigten Staaten zu eröffnen. Noch haben sie um die Festigung ihrer Positionen zu ringen und können es nicht riskieren, das Gesicht zu verlieren und ihre Autorität aufs Spiel zu setzen. Sie wollen mehr sein als nur die schwachen Epigonen eines grossen Vorgängers.

Auf lange Frist jedoch dürfte sich das Verschwinden Ho Chi Minhs von der politischen Bühne zweifellos in irgend einer Form auswirken. Präsident Nixon hat dem Rechnung getragen, indem er erneut ein *Signal* an die Adresse Hanois gegeben und eine weitere Reduktion der amerikanischen Truppenbestände in Vietnam beschlossen hat. Ob die Hoffnung berechtigt ist, dass früher oder später die Gegenseite endlich aus ihrer Verkrampfung heraustritt und eine Antwort gibt, welche den seit Mai 1968 sich im Kreise drehenden Pariser Vietnamverhandlungen endlich den Impuls in Richtung auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes verleiht, muss die Zukunft zeigen. Irgendwelche Anzeichen dafür sind bisher noch nicht sichtbar geworden.

Fabius

GOD SAVE THE QUEEN!

Betrachtungen über die britische Monarchie

Im März dieses Jahres prophezeite ich in diesen Spalten einen Sieg der Liberalen bei den Nachwahlen im Kreis Birmington – und ich habe mit meiner Vorhersage, aller gegenteiligen Wahrscheinlichkeit zum Trotz, recht behalten. Es wäre leichtsinnig von mir, wollte ich meinen Prophetenruhm mit diesem kleinen Beitrag aufs Spiel setzen. Wenn ich also erneut einige der jüngsten Ereignisse näher beleuchte, so handelt es sich keinesfalls um eigentliche Parteiestreitigkeiten, sondern um Akzente im politischen Geschehen, die den künftigen Gang der Dinge entscheidend beeinflussen könnten. Für heute möchte ich also auf das Prophezeien verzichten. Ich frage mich, ob – wenn unsere Gegenwart einst Geschichte geworden sein wird – sich irgendein Historiker die Mühe nehmen wird, etwas über die Erlebnisse der bri-

tischen Königsfamilie zu berichten. Wird in unserem nach-marxschen Jahrhundert, im Zeitalter der grossen republikanischen Staatswesen, da «Nationalismus» schon fast wie ein Schimpfwort tönt und Heldenverehrung ein ausgesprochen amerikanischer Brauch ist, überhaupt noch jemand für solche Dinge Interesse zeigen? Sollte jemals ein Historiker der königlichen Familie und ihrer Bedeutung einige Seiten widmen, so wird er dies vielleicht nur mit dem unbehaglichen Gefühl tun, seine Leser mit Nebensächlichkeiten zu langweilen.

Und dennoch glaube ich instinktiv zu spüren, dass die Investitur des Prince of Wales sich dereinst als das wichtigste Ereignis des Jahres 1969 – soweit es die britische Geschichte anbelangt – herausstellen wird. Anfänglich erwartete man von der Sache

den Misserfolg des Jahres. Schon Monate vor dem festgesetzten Termin, als die Touristenpropaganda bereits auf Hochtouren lief, betrachteten die Intellektuellen, die sachlich-nüchternen Wortführer der öffentlichen Meinung und die Politiker die ganze Angelegenheit als eine Kreuzung zwischen einem schlechten Witz und einem entwürdigenden Propagandarummel. In England wird der Public Relations-Fachmann heute mit ähnlicher Geringschätzung angesehen wie in Frankreich zur Zeit der Revolution die Vertreter der Kirche: mit der Verachtung für ein leider nun einmal notwendiges Übel. Nach Ansicht vieler Leute hatten das Paukengedröhnen und der Trompetenschall den Beigeschmack einer kommerziellen Werbekampagne. So zahlreich wie die Details des von Lord Snowdon, Prinz Charles' Onkel, veranstalteten Souvenir-Wettbewerbs waren die Unkenrufe über die Sinnlosigkeit des ganzen Unternehmens.

Die königliche Familie stellt sich vor

Dann kam der 21. Juni, und die Spötter verstummen. An diesem Abend zeigte die BBC einen langen Dokumentarfilm. Damit wurde das bestgehütete Palastgeheimnis, nämlich das Leben der königlichen Familie, auf sympathische Art vor dem breiten Fernsehpublikum enthüllt. Niemand hatte vorher davon erfahren, dass sich die Kamerateame während fast eines Jahres in der nächsten Umgebung der Königin und ihrer Angehörigen bewegt hatten. Für die erste Vorführung des Filmes hatte man einen denkbar günstigen Zeitpunkt gewählt, und dank der Verschwiegenheit war die Überraschung um so grösser. Ich brauche nicht auf den Film selbst einzugehen, da er mittlerweile wohl vom grössten Teil des Fernsehpublikums der Welt gesehen worden ist. Aber ich möchte doch betonen, welch nachhaltigen Eindruck die wirklichkeitsnahe Sendung bei den Leuten hinterliess, die bisher unter dem Eindruck standen, die königliche Familie sei «anders» – eine Fabel, die ihren Ursprung in der lang-

jährigen Abgeschiedenheit Königin Victorias hatte. Gewiss hat Prinz Philipp mit beachtenswertem persönlichem Engagement versucht, diesen Bann zu brechen. Dennoch blieb der Hof von einem dünnen, aber hartnäckig-beständigen Weihrauchschleier umhüllt. Der Film schloss mit einigen Aufnahmen von Prinz Charles beim Fischen und mit einem Hinweis auf seine künftigen Pflichten, auf die er sich vorbereitet. Am Ende der Sendung hegte wohl kein Zuschauer mehr Zweifel daran, dass es sich hier um eine durchaus normale Familie handelte, die eine ermüdende, oft enttäuschende, aufregende, begrenzte, weltweit wirksame, einzigartige und dabei doch in Alltäglichkeiten sich fast erschöpfende Aufgabe – alles in allem genommen aber gleichwohl eine lohnende Aufgabe – erfüllte. Die meisten empfanden natürlich den Film auch als eine Art persönliche Botschaft. Welches Vergnügen zu sehen, dass die Königin viel Sinn für schelmischen Humor hat und dass Prinz Philipp fachmännisch mit Pinsel und Palette umzugehen weiss! Aber die tiefste Befriedigung empfanden die meisten Zuschauer doch bei der Entdeckung, dass der künftige König von England ein begabter Cellist, ein angenehmer Gesprächspartner, aber auch ein nachdenklicher junger Mann mit gepflegten Umgangsformen ist. Diesem ersten Film folgte innerhalb einer Woche eine weitere Fernsehsendung, diesmal ein Interview mit Prinz Charles. Dabei wurde der erste Eindruck noch bestätigt.

Eine Galionsfigur ohnegleichen

Bis zum Zeitpunkt der eigentlichen Investiturfeier hatte sich die Stimmung im Lande völlig gewandelt. Zwar mag das etwas in die Länge gezogene Schaugepräge nicht jedermann's Geschmack entsprochen haben. Aber der junge Mann, der hier seinen grossen Tag erlebte, konnte doch der Zuneigung sozusagen des ganzen Volkes sicher sein. *Einen* Mann muss der Erfolg des Tages mit besonderer Befriedigung erfüllt haben, nämlich den erst kurz zuvor ernann-

ten, aus Australien stammenden Pressesekretär des königlichen Palastes, der als guter Geist hinter den Kulissen die ganze Publicity im richtigen Masse zu steigern wusste.

Dank dieses sorgfältigen, auf präziser Generalstabsarbeit beruhenden Vorgehens gelangte die britische Öffentlichkeit zur Einsicht, dass sich das eigene Staatsoberhaupt nicht so radikal von den Oberhäuptern anderer Länder unterscheidet, dass es sich vor diesen aber doch durch einige ganz besondere Eigentümlichkeiten auszeichnet. Ich glaube nicht, dass in unserem Jahrhundert der republikanische Staatsgedanke für die englische Monarchie je eine Gefahr darstellte. Heute hat der Republikanismus überhaupt keine Chancen mehr. Aber ich halte die politische Bedeutung der ganzen Entwicklung bis zum jetzigen Stand für tiefgründiger und zukunftsweisender als die heute feststehende Tatsache an sich. Die Ereignisse dieses Sommers haben gezeigt, dass unsere Königsfamilie mehr ist als ein Anziehungspunkt für zahlreiche, mit harter ausländischer Währung ausgestattete Besucher aus Übersee. Vielmehr liess sie uns auch bewusst werden, welch enorme Einflussmöglichkeiten im besten Sinne unserem gekrönten Staatsoberhaupt offenstehen. Keine der rein nominellen und gewählten Galionsfiguren republikanischer Staatswesen kann an Ausstrahlungskraft damit verglichen werden.

Am deutlichsten kommt dies meines Erachtens in der Tatsache zum Ausdruck, dass das Britische Commonwealth ungeachtet aller politischen Wechselfälle weiterlebt. Innerhalb dieser Staatengemeinschaft vollzieht sich der kaum für möglich gehaltene, einzig dastehende Brückenschlag zwischen den reichen und den armen Völkern der Welt, zwischen Menschen aller Hautfarben vom blassen Weiss bis zum tiefsten Schwarz. Selbst die Häupter der republikanischen Staaten des Commonwealth beeilen sich jeweils, der Königin zu huldigen. Sie tun dies nicht nur um des Symbols der Krone willen, sondern auch aus Respekt für die Persönlichkeit der Königin. Sogar *Ian Smith*, der der ganzen Tradition des bri-

tischen Kolonialismus den Rücken gekehrt hat, scheut vorderhand noch davor zurück, sich von der persönlichen Autorität der Königin loszusagen.

Die Krone, die Parteien, die Nationalisten

Nun war man früher weit und breit der Ansicht, die königliche Familie zähle notwendigerweise zu den Konservativen, ähnlich wie man etwa die Church of England als die «Tory Party auf den Knien» zu bezeichnen pflegte. Bekanntlich erschien zwar Prinzessin Margaret einige Zeit vor ihrer Verehelichung bei verschiedenen Anlässen in Begleitung des heutigen liberalen Parteiführers *Jeremy Thorpe*. Wir tun aber gut daran, seinen Erfolg eher auf seinen persönlichen Charme als auf seine politische Gesinnung zurückzuführen. Von ihrem Gatten *Lord Snowdon* hiess es in der Tat immer wieder, er sympathisiere mit der Labour Party. Dies hat aber eher damit zu tun, dass er ein zu talentierter und eigenwilliger Photograph ist, als dass er sich in den Reihen der Konservativen «businessmen's Party» heimisch fühlen würde. Sei dem wie es wolle, bis vor kurzem schien es ganz einfach unmöglich, dass Mitglieder der königlichen Familie die erbitterten Parteikämpfe von hoher Warte aus völlig unvoreingenommen betrachten könnten. Obwohl den Bemühungen der Krone im Rhodesienkonflikt fast nur Misserfolge beschieden waren, kann seither doch niemand mehr daran zweifeln, dass sie sich mindestens in bezug auf innenpolitische Auseinandersetzungen völlig unparteiisch verhält.

Ohne meine obigen Beobachtungen in Frage zu stellen, möchte ich aber doch darauf hinweisen, dass die Investitur auf einem Gebiet bemerkenswerte parteipolitische Rückwirkungen mit sich gebracht hat. Hand in Hand mit dem persönlichen Erfolg Prinz Charles' und der Wertschätzung, welcher sich der von seinen Eltern und der ganzen königlichen Familie dem Lande erwiesene Dienst überall erfreut, ging eine steigende Welle der Verachtung

für die kleine Schar walisischer Nationalisten, die in den Feierlichkeiten die günstigste Gelegenheit witterten, um die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihr Anliegen zu lenken. Ich habe oben vom «ganzen Volk» gesprochen, das Prinz Charles und seiner neuen Aufgabe wohlgesinnt gegenübersteht. Zutreffender wäre es gewesen, von «allen Völkern Grossbritanniens» zu sprechen. Nicht nur die walisischen Patrioten, sondern auch die schottischen (und nicht zu vergessen jene von Cornwall, denen Prinz Charles in seiner Eigenschaft als Herzog von Cornwall übrigens besonders nahesteht) erinnerten sich plötzlich der Tatsache, dass in den Adern der englischen Königsfamilie ein schöner Teil keltischen Blutes fliest und dass sie somit auch *ihr* Eigentum ist. Wenn immer eine selbstgebastelte Bombe explodierte, ergoss sich vermutlich eine kleine Flut von Austrittserklärungen in die Büros der walisischen Nationalistenpartei *Plaid Cymru* und ihres schottischen Pendants. Bereits in diesem Jahr schnitten sie bei den Gemeindewahlen weniger erfolgreich ab als in früheren Jahren, und es scheint heute wahrscheinlich, dass sie sich nach den nächsten allgemeinen Parlamentswahlen mit einer viel bescheideneren Rolle begnügen müssen, als ich noch unlängst zu behaupten wagte. Sollte dieser Fall eintreten, so dürften die beiden Hauptparteien, in erster Linie aber die Labour Party, Prinz Charles zu aufrichtigem Dank verpflichtet sein.

Gemeindeautonomie in neuer Form

Es ist wohl eine jener ergötzlichen Ironien im politischen Leben, dass der verblassende Mond des Nationalismus heute vom immer heller werdenden Stern der Demokratie auf lokaler Ebene überstrahlt wird. Nur einige Wochen vor der Investitur veröffentlichte die von *Lord Redcliffe-Maud* präsidierte «Königliche Kommission für lokale Selbstverwaltung in England» ihr Gutachten. Im ganzen Land setzte sofort die Diskussion über die Vorteile der dezentralisierten Verwaltungskontrolle gegenüber der lei-

stungsbewussten zentralen Bürokratie ein. Landauf und landab gingen die Bürgermeister und die Mitglieder der Gemeindebehörden ängstlich mit sich selbst ins Gewissen.

Der «Royal Maud Report», wie das Gutachten nunmehr heißt, um es von einem früheren, ebenfalls unter der Leitung Lord Redcliffe-Mauds ausgearbeiteten Bericht zu unterscheiden, ist ein gewaltiges Dokument, und die darin enthaltenen Vorschläge erregten von Anfang an Aufsehen. Der Bericht empfiehlt die Abschaffung aller bestehenden Gemeindebehörden; sie sollen durch nur 71 für alle Aufgaben zuständige «Unitary Councils» ersetzt werden. Diese neugeschaffenen Behörden, deren Zuständigkeitsbereich sich über recht grosse Gebiete mit einer Einwohnerzahl von einer Viertelmillion Menschen an aufwärts erstrecken würde, stünden dann als einzige Exekutivinstanz zwischen der Zentralregierung und dem einzelnen Bürger. Alle bisherigen Gemeinderäte und -korporationen würden überflüssig. Nach Ansicht der meisten Kommissionsmitglieder müssen die neuen Verwaltungsregionen die vorgeschlagene Grösse aufweisen, und die «Unitary Councils» müssen über umfassende Befugnisse verfügen, um überhaupt selbstständig handeln zu können.

Ein Kommissionsmitglied, *Derek Senior*, war mit diesen Vorschlägen allerdings nicht einverstanden. Mit bewundernswertem Eifer arbeitete er einen etwa gleich langen, in der Logik seiner Argumentation oft bestechenden Minderheitsvorschlag aus. Er empfiehlt, dass die regionale Selbstverwaltung auf zwei verschiedenen Ebenen spielen müsse, und ist der Ansicht, dass das von der Maud-Kommission gelieferte Rezept einen unhaltbaren Kompromiss zwischen den beiden Erfordernissen darstelle. Er empfahl die Schaffung von zwei Zuständigkeitsbereichen. Dem ersten sollten die langfristigen Planungsaufgaben zugeteilt werden, dem zweiten hingegen die den lokalen Bedürfnissen und dem einzelnen Bürger geltenden Dienstleistungen.

Die Auseinandersetzung über die beiden

Vorschläge hat natürlich eben erst begonnen und wird die Diskussion zweifellos bis zum Jahresende beschäftigen. Zur Zeit liegen deutliche Anzeichen dafür vor, dass Derek Senior mit seinen Vorschlägen beim Volk eher Gehör findet als seine Kommissionskollegen. Dies ist wohl nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen, dass sich sein Gutachten, die typische Streitschrift eines Einzelgängers, viel flüssiger liest. Der Mehrheitsbericht ist eben offensichtlich ein trockenes Gemeinschaftsprodukt.

Kaum jemand erwartet, dass die zur Zeit im Amt stehende Regierung noch genügend Zeit finden wird, um in dieser Sache mit mehr als einer Willenskundgebung aufzuwarten. Wahrscheinlich wird diese nächstes Jahr in Form eines Weissbuches an die Öffentlichkeit gelangen. Heute werfen bereits die bevorstehenden Parlamentswahlen ihre Schatten voraus. In weiten Kreisen nimmt man an, dass die Konservativen die Mehrheit im Unterhaus zurückerobern werden. Deshalb kommt bereits jetzt den Ansichten Edward Heaths zu den erwähnten Reformvorschlägen besondere Bedeutung zu. Er hat es aber bis anhin sorgfältig vermieden, sich irgendwie zu exponieren, und äussert sich noch zurückhaltender, als er es sonst zu tun pflegt. Zweifellos erinnert ihn seine Umgebung immer wieder daran, dass die grosse Mehrheit jener Gemeinderäte, die Gefahr laufen, abgeschafft zu werden, Anhänger der Konservativen Partei sind.

Eine weitere Königliche Kommission ist zur Zeit unter dem Vorsitz von *Lord Crowther* an der Arbeit. Sie unterzieht das Verhältnis der einzelnen Teile des Vereinigten Königreiches zur Zentralregierung einer eingehenden Prüfung. Es könnte sehr wohl der Fall eintreten, dass ihre Schlussfolgerungen betreffend Schottland und Wales sowie die Grafschaften Englands auch das Problem der lokalen Selbstverwaltung berühren. Mit andern Worten: Die Crowther-Kommission könnte auch in dieser Sache mit Vorschlägen aufwarten, welche die Aussagen der Maud-Kommission als überholt erscheinen liessen.

Zank um eine Wahlkreisreform

Dieses Aufeinanderprallen von Vorschlägen und Gegenvorschlägen hatte eine sehr eigentümliche Begleiterscheinung zur Folge. Seit langem besteht die Geprägtheit, dass eine völlig unabhängige Wahlkreiskommission in regelmässigen Abständen die Abgrenzung der von den Parlamentsmitgliedern in Westminster repräsentierten Wahlbezirke überprüft und, falls nötig, Änderungen in der Einteilung empfiehlt. Bis anhin bedeutete es für die jeweils an der Macht befindliche Regierung eine blosse Formsache, die Vorschläge der Kommission in die Tat umzusetzen, gleichgültig ob dies der eigenen Partei zum Vorteil gereichte oder nicht.

Erst kürzlich hat die Wahlkreiskommission ihr neuestes Gutachten fertiggestellt. Dieses trägt der Tatsache Rechnung, dass die Einwohnerzahl in den Zentren unserer Grossstädte in stetigem Rückgang begriffen ist, dass aber andererseits die Bevölkerung in den neuen Vorstadtsiedlungen unaufhaltsam wächst. Würde die Regierung den jetzt vorliegenden Empfehlungen der Kommission Folge leisten, so liesse sich eine Verminderung der Zahl der Wahlbezirke, die auch bei den nächsten Parlamentswahlen wahrscheinlich Labour-Abgeordnete nach Westminster delegieren würden, nicht vermeiden. Umgekehrt würde eine ganze Anzahl von neu abgegrenzten Wahlkreisen voraussichtlich an die Konservativen oder an die Liberalen fallen. Man hat bereits ausgerechnet, dass etwa zwanzig Sitze von dieser Verschiebung betroffen werden könnten.

Kaum hatte die Maud-Kommission ihren Bericht veröffentlicht, als der Innenminister auch schon verkündete, dass er die bereits vorher von der Wahlkreiskommission beantragten Änderungen *nicht* durchzuführen beabsichtigte. Die Reform auf dem Gebiet der lokalen Selbstverwaltung könnte, sagte er, eine neuerliche Überprüfung der Wahlbezirke erforderlich machen, und es sei durchaus nicht wünschenswert, die Grenzen der Wahlkreise jetzt neu festzulegen, da sie möglicherweise ja ohne-

hin schon bald wieder zu ändern wären. In der Öffentlichkeit hält man dieses Argument des Innenministers für einen Vorwand, der in seiner Dürftigkeit nicht mehr zu überbieten ist. In der Tat liebäugeln die Labour-Führer ganz einfach mit wahlkreisgeometrischen Praktiken, um für ihre Partei einige Sitze zu retten. Die Regierung schien von der Sauberkeit ihrer Handlungsweise sogar noch weniger überzeugt zu sein als der Mann von der Strasse. Denn schon bald rückte Innenminister Callaghan mit einer neuen Erklärung heraus; er versprach, die ganze Sache nochmals in Erwägung zu ziehen, und zwar zu einem Zeitpunkt, der – wohl nicht ganz zufällig – unmittelbar auf den letztmöglichen Termin für die bevorstehenden Parlamentswahlen folgt. Callaghans Erklärung löste einen Aufschrei der Entrüstung aus. Das Oberhaus suchte sich die ganze Affäre vom Halse zu schaffen, indem es auf Antrag der Konservativen und Liberalen einige besonders sorgfältig formulierte Abänderungsvorschläge annahm. Sobald aber das Parlament im Oktober wieder zusammentritt, werden sich die Politiker neuerdings über dieser Frage ereifern.

Wird die Königin eingreifen?

In diesem Zusammenhang rückt ein interessantes verfassungsrechtliches Problem in den Vordergrund des Interesses. Nehmen wir einmal an, eine entschlossene und straff

disziplinierte Partei, die gewillt ist, das Wahlsystem des Landes zurechtzustutzen, um sich selbst an der Macht zu halten, verabschiede eine entsprechende Vorlage in beiden Häusern des Parlaments. Nehmen wir ferner an, die Vorlage gelange schliesslich auf den Schreibtisch des Souveräns: Könnte sich die Königin dann weigern, mit ihrer Unterschrift das Gesetz in Kraft zu setzen? Könnte sie die Abgabe ihrer Unterschrift hinausschieben? Oder könnte sie das Dokument zwar unterzeichnen, dabei aber Protest einlegen und damit die betreffende Partei noch mehr als zuvor der Verachtung durch die öffentliche Meinung preisgeben?

Walter Bagehot, der bedeutende britische Verfassungsrechtler des letzten Jahrhunderts, lehrte uns glauben, dass der Monarch nur das Recht hat, sich informieren zu lassen, Ratschläge zu erteilen und zu warnen. Aber wir vertrauen auch auf die Krone als Symbol für den Fortbestand unserer individuellen Bürgerrechte. Was soll geschehen, wenn diese Rechte durch eine offensichtliche Verfälschung des demokratischen Prinzips ausgehöhlt werden? Und was soll geschehen, wenn die Verantwortlichen die Warnungen der Königin in den Wind schlagen? Der Leser wird mit mir einiggehen, wenn ich abschliessend feststelle, dass die königliche Familie heute alles in allem aufregende Zeiten durchlebt.

Paul Tyler

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

«Le Jura, c'est moi»

Die Jurafrage, dieses ständige Traktandum der schweizerischen Innenpolitik, setzte auch in dieser Berichtsperiode Hauptakzente im öffentlichen Geschehen. Und wie meist in letzter Zeit waren diese gegen-

läufig. Am 9. September billigte der Grosser Rat des Kantons Bern ohne Gegenstimme den Zusatz zur Staatsverfassung, der die rechtliche Grundlage zur Ausarbeitung eines Jurastatuts sowie zur jurassischen Selbstbestimmung über das künftige Schicksal dieses Landesteils bieten soll.